

NIEDERSCHRIFT

Gremium	Ausschuss für Energie, Wirtschaft und Verkehr
Sitzungsnummer	EWuV/006/21-26
Sitzungsdatum	Mittwoch, den 17.11.2021
Sitzungsbeginn	19:00 Uhr
Sitzungsende	20:50 Uhr
Ort	Stadthalle Friedberg, Am Seebach 2, 61169 Friedberg (Hessen)

Teilnehmerliste

Vorsitzender

Herr Bernd Stiller

Mitglieder

Herr Bernd Baier
Herr Mark Bansemer
Herr Gunther Best
Herr Matthias Ertl
Herr Markus Alexander Fenske in Vertretung von Frau Alexia Anders
Herr Philipp Götz
Herr Achim Güssgen-Ackva
Herr Christoph Haub in Vertretung von Herrn Olaf Beisel

Schriftführerin

Frau Sylke Reiser

Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung

Frau Gudrun Friedrich
Herr Hendrik Hollender
Herr Dr. Klaus-Dieter Rack
Herr Florian Uebelacker

Mitglieder des Magistrates

Herr Bürgermeister Dirk Antkowiak
Frau Erste Stadträtin Marion Götz
Herr Stadtrat Gerhard Bohl
Herr Stadtrat Johannes Contag
Herr Stadtrat Dieter Olthoff

Verwaltung

Herr Yanni-Alexander Bock
Herr Tobias Schmidt

Ausschussvorsitzender Stiller eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Ladung zur Sitzung erfolgte fristgemäß.

Mitglied Güssgen-Ackva schlägt vor, den Tagesordnungspunkt 5 (16-21/1751 Integriertes Stadtentwicklungskonzept (ISEK) inkl. Mobilitätskonzept; hier: Beschlussfassung) von der

Tagesordnung zu nehmen, da im Ausschuss für Jugend und Soziales noch Beratungsbedarf bestand. Dies wird einvernehmlich angenommen.

Der abgeänderten Tagesordnung wird einstimmig zugestimmt.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

TOP	DS-Nr.	Titel
1		Mitteilungen der Dezernenten
1.1		Mitteilungen der Dezernenten; hier: Marketing für Stadtbus
1.2		Mitteilungen der Dezernenten; hier: Servicepersonal im Bahnhof
1.3		Mitteilungen der Dezernenten; hier: Prüfung Einrichtung eines Fußgängerüberweges Taunusstraße zur Lindenstraße (DS 16-21/1682)
1.4		Mitteilungen der Dezernenten; hier: Standortprüfung stationäre Geschwindigkeitsmessenanlagen (DS 21-26/0139)
2	16-21/1354	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 04. Dezember 2019; hier: Geschützter Fahrradweg Frankfurter Straße
3	21-26/0074	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18.06.2021; hier: Schaffung einer zentralen Verantwortung - Stabsstelle "Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsmanagement"
3.1	21-26/0074/1	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18.11.2021; hier: Schaffung einer zentralen Stelle für "Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsmanagement"
4	21-26/0063	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14.06.2021; hier: Freies Parken für Lastenräder
5	21-26/0138	Natur- und Erholungsgebiet Winterstein hier: Vereinbarung zur Entwicklung eines Windparks (Absichtserklärung)
6	21-26/0228	Antrag der Fraktion Die Linke. vom 17.10.2021; hier: Ausbau Appelwoiweg
7		Verschiedenes

Öffentlicher Teil

TOP	DS-Nr.	Titel
-----	--------	-------

1. Mitteilungen der Dezernenten

1.1. Mitteilungen der Dezernenten; hier: Marketing für Stadtbus

Erste Stadträtin Götz berichtet über die letzte Sitzung des Runden Tisches Stadtbus, in der das Thema „Marketing für den Stadtbus“ behandelt wurde. Neben weiteren Maßnahmen werden im Dezember die neuen Fahrpläne für den Stadtbus zusammen mit den Abfallkalendern an alle Haushalte in der Kernstadt verteilt werden.

1.2. Mitteilungen der Dezernenten; hier: Servicepersonal im Bahnhof

Erste Stadträtin Götz teilt mit, dass der Vertrag über die Beteiligung der Stadt Friedberg in Höhe von 5.000 € an den Kosten für das Servicepersonal im Bahnhof für die Jahre 2021 und 2022

abgeschlossen wurde. Die Mitarbeitenden des mobilen Services helfen bei allen Fragen rund um den Bahnhof, unterstützen beim Ein- und Umstieg und stehen mit Auskünften zur Stadt und für Hilfeleistungen zur Verfügung. Das Servicepersonal wurde geschult, um auch zu städtischen Themen (z.B. touristische Auskünfte, Wegbeschreibung) Auskunft zu geben. Sobald das von allen Vertragspartnern (DB, RMV, VGO, ZOV, Stadt Friedberg) unterzeichnete Vertragsexemplar im Rathaus wieder vorliegt, wird Erste Stadträtin Götz eine Kopie des Vertrags den Mitgliedern des Ausschusses zur Kenntnis geben.

1.3.

**Mitteilungen der Dezernenten;
hier: Prüfung Einrichtung eines Fußgängerüberweges Taunusstraße zur
Lindenstraße (DS 16-21/1682)**

Erste Stadträtin Götz teilt zum Antrag der SPD-Fraktion DS 16-21/1682 mit, dass die Voraussetzungen für die Einrichtung eines Fußgängerüberweges in der Taunusstraße in der Nähe zur Kreuzung der Lindenstraße auch nach nochmaliger aktueller Prüfung der Verkehrsströme und Verkehrszählungen ebenso wie bereits im Jahr 2012 weiterhin nicht vorliegen. Hierzu wird eine schriftliche Mitteilung an die Stadtverordnetenversammlung erfolgen.

1.4.

**Mitteilungen der Dezernenten;
hier: Standortprüfung stationäre Geschwindigkeitsmessenanlagen (DS 21-
26/0139)**

Erste Stadträtin Götz informiert über die Ergebnisse der Standortprüfungen für stationäre Geschwindigkeitsmessenanlagen, die der Stadtverordnetenversammlung zur nächsten Sitzung zusätzlich schriftlich vorgelegt werden.

Aufgrund der örtlichen Gegebenheiten wurde seitens der Stadt zuletzt noch für die Dorn-Assenheimer-Straße in Bauernheim ein Antrag zur Einrichtung eines stationären Blitzers an die Hessische Polizeiakademie gestellt. Über das Ergebnis wird die Erste Stadträtin nach Vorliegen der Antwort informieren.

2.

16-21/1354

**Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 04. Dezember 2019;
hier: Geschützter Fahrradweg Frankfurter Straße**

Das Planungsbüro Gringel GmbH stellt durch Herrn Kahlil 3 Entwürfe für den geschützten Fahrradweg entlang der Frankfurter Straße vor. Herr Khalil steht nach der Präsentation noch für Fragen zur Verfügung.

An der Aussprache beteiligen sich mit Wortmeldungen Ausschussvorsitzender Stiller sowie die Mitglieder Ertl, Fenske und Haub.

Vorsitzender Stiller empfiehlt, die Überprüfung der normalen Breite für den Fahrradweg in den Fraktionen zu beraten.

Herr Schmidt (Stadtbauamt) stellt dem Büro der städtischen Gremien den Entwurf zur Weiterleitung an die Fraktionen elektronisch zur Verfügung.

zurückgestellt

3.

21-26/0074

**Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18.06.2021;
hier: Schaffung einer zentralen Verantwortung - Stabsstelle
"Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsmanagement"**

Antragstext:

Der Magistrat wird gebeten, die Voraussetzungen zu schaffen, eine neue Verantwortung (ggf. Stabsstelle) „Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsmanagement“ einzurichten. Die Stadtverordnetenversammlung bittet den Bürgermeister, eine organisatorische Lösung zu definieren, so dass damit zukünftig eine fachbereichsübergreifende Kompetenz gewährleistet ist.

Für die Verantwortung/Stabsstelle „Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsmanagement“ ist eine Stelle mit der Wertigkeit TVÖD 11 im nächsten Haushalt einzuplanen.

Entsprechende Fördermittel zur Stellenschaffung sind beim Bundesumweltministerium gemäß den Vorgaben der sogenannten „Kommunalrichtlinie“ zu beantragen.

Die Verantwortung/Stabsstelle soll das Klimaschutzkonzept der Stadt Friedberg unter Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure weiterentwickeln und sowohl eine Bestandsaufnahme und zügige Umsetzung bereits beschlossener Maßnahmen als auch neue Zielsetzungen integrieren. Des Weiteren sind geeignete Klimaschutzprojekte unter größtmöglicher Bürgerbeteiligung zu planen und Fördermittel zur Realisierung dieser Projekte zu akquirieren.

Es wird von der Stadtverordnetenversammlung dem Magistrat und der Verwaltungsspitze vorgeschlagen, dass die Verantwortung in alle Projekte miteinzubinden ist, durch die kommunaler Klimaschutz berührt wird (z.B. Mobilität, Energie, Stadtentwicklung). Die grundlegende Bewertung der Klimaverträglichkeit und der Nachhaltigkeit städtischer Aktivitäten sollen gleichermaßen einfließen und berücksichtigt werden.

Bei der Erstellung von Magistratsvorlagen, insbesondere im Bereich Verkehr, Bauen, Stadtplanung und Grünwesen, sollte der Verantwortung „Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsmanagement“ die Möglichkeit zur jeweiligen Stellungnahme eingeräumt werden.

Mitglied Fenske zieht den Antrag 21-26/0074 zurück und bringt einen Änderungsantrag ein.

zurückgezogen

3.1. 21-26/0074/1

**Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18.11.2021;
hier: Schaffung einer zentralen Stelle für "Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsmanagement"**

Mitglied Fenske stellt folgenden Änderungsantrag:

Antragstext:

Der Magistrat wird gebeten, eine neue Stelle für „Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsmanagement“ einzurichten, die primär bei den Stadtwerken angesiedelt ist, aber in enger Zusammenarbeit mit dem Bauamt agieren soll. Die Stadtverordnetenversammlung bittet den Bürgermeister, eine organisatorische Lösung zu definieren, so dass damit zukünftig eine fachbereichsübergreifende Kompetenz gewährleistet ist.

Für das „**Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsmanagement**“ ist eine Stelle mit der Wertigkeit TVÖD 11 im nächsten Wirtschaftsplan der Stadtwerke einzuplanen.

Entsprechende Fördermittel zur Stellenschaffung sind beim Bundesumweltministerium gemäß den Vorgaben der sogenannten „Kommunalrichtlinie“ zu beantragen.

Die Verantwortung/Stabsstelle soll das Klimaschutzkonzept der Stadt Friedberg unter Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure weiterentwickeln und sowohl eine Bestandsaufnahme und zügige Umsetzung bereits beschlossener Maßnahmen als auch neue Zielsetzungen integrieren. Des Weiteren sind geeignete Klimaschutzprojekte unter größtmöglicher Bürgerbeteiligung zu planen und Fördermittel zur Realisierung dieser Projekte zu akquirieren.

Zudem ist das Klimaschutzmanagement in alle Projekte miteinzubinden, durch die kommunaler Klimaschutz berührt wird (z.B. Mobilität, Energie, Stadtentwicklung). Die grundlegende Bewertung der Klimaverträglichkeit und der Nachhaltigkeit städtischer Aktivitäten sollen gleichermaßen einfließen und berücksichtigt werden.

Bei der Erstellung von Magistratsvorlagen, insbesondere im Bereich Verkehr, Bauen, Stadtplanung und Grünwesen, sollte der Verantwortung „Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsmanagement“ die Möglichkeit zur jeweiligen Stellungnahme eingeräumt werden.

Antragstellerin Friedrich erläutert den Antrag.

An der Aussprache beteiligen sich mit Wortmeldungen die Mitglieder Bansemer, Güssgen-Ackva und Haub.

Mitglied Fenske korrigiert Absatz zwei des Antrages wie folgt:

Für die Verantwortung/Stabsstelle „Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsmanagement“ ist eine Stelle mit der Wertigkeit TVÖD 11 im nächsten **Wirtschaftsplan der Stadtwerke** einzuplanen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen
Ja 7 Nein 0 Enthaltung 2

4.	21-26/0063	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14.06.2021; hier: Freies Parken für Lastenräder
-----------	-------------------	--

Erste Stadträtin Götz bringt einen Vorschlag für die Einrichtung von Parkplätzen für Lastenräder an zunächst vier Standorten in der Kernstadt ein. Ausschussvorsitzender Stiller begrüßt den Vorschlag.

Antragstext:

Der Magistrat wird aufgefordert, das Parken von Lastenrädern und Fahrrädern mit Anhängern zu fördern.

- Lastenräder und Fahrräder mit Anhänger von Parkplatzgebühren zu befreien, insbesondere, wenn sie auf städtisch verwalteten Parkflächen abgestellt werden.
- Spezielle Parkflächen mit Abschließmöglichkeit zu schaffen. Dafür sind Planungen zu erstellen, so dass Investitionen im Haushalt 2022 eingestellt werden können.

Vorsitzender Stiller schlägt vor, den 1. Punkt des Antrages

Lastenräder und Fahrrädern mit Anhängern von Parkplatzgebühren zu befreien, insbesondere, wenn sie auf städtisch verwalteten Parkflächen abgestellt werden zurückzustellen.

Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, das Parken von Lastenrädern und Fahrrädern mit Anhängern zu fördern.

- Spezielle Parkflächen mit Abschließmöglichkeit zu schaffen. Dafür sind Planungen zu erstellen, so dass Investitionen im Haushalt 2022 eingestellt werden können.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig in Abänderung beschlossen
Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0

5.	21-26/0138	Natur- und Erholungsgebiet Winterstein hier: Vereinbarung zur Entwicklung eines Windparks (Absichtserklärung)
-----------	-------------------	--

Bürgermeister Antkowiak erläutert die Vorlage.
Herr Bock (Stadtbauamt) steht für Fragen zur Verfügung.

An der Aussprache beteiligen sich die Mitglieder Haub, Bansemer, Fenske, Ertl und Güssgen-Ackva.

Mitglied Ertl beantragt, den Punkt von der Tagesordnung zu nehmen.

Hierüber wird wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis:

Ja 1 Nein 7 Enthaltung 1
Dieser Antrag ist somit mehrheitlich abgelehnt.

Vorsitzender Stiller lässt über die Vorlage abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt

Ja 3 Nein 5 Enthaltung 1

Beschlussentwurf:

1. Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem Abschluss einer Vereinbarung mit den Kommunen Rosbach v. d. Höhe, Wehrheim und Ober-Mörlen sowie dem Bundes- und Hessenforst zur Errichtung eines gemeinsamen Windparks im Bereich des Wintersteins mit folgenden Eckpunkten zu:
 - Entwicklung eines aufeinander abgestimmten Windparklayouts
 - Die Beanspruchung der Waldflächen ist auf den absolut notwendigen Umfang zu beschränken
 - Berücksichtigung der wichtigen Schutz-, Nutz- und Erholungsfunktionen des Waldes
 - Entwicklung von Beteiligungsmodellen für Bürger und beteiligte Kommunen
 - Festlegung eines Verteilungsschlüssels für die Einnahmen bei besitzarten-übergreifenden Anlagenstandorten (40 % Standortfläche, 20% Rodungsfläche, 40 % Flächen für Baulasten)
2. Das Bauleitplanverfahren „Natur- und Erholungsgebiet Winterstein“ wird ausgesetzt.

Vorsitzender Stiller hält fest, dass die Beschlussvorlage mehrheitlich abgelehnt ist.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt

Ja 3 Nein 5 Enthaltung 1

6.	21-26/0228	Antrag der Fraktion Die Linke. vom 17.10.2021; hier: Ausbau Appelwoiweg
-----------	-------------------	--

Mitglied Baier erläutert den Antrag.

Antragstext:

Der Appelwoiweg zwischen Friedberg und Ockstadt soll im Bereich außerhalb der Brücke ausgebaut werden. Dabei ist entweder eine Mindestbreite von 3,5 m oder getrennte Bereiche für Fuß-Radverkehr herzustellen. Der Bereich für den Radverkehr ist mit einer abrollfreundlichen Oberfläche zu versehen.

Die Mittel für den Ausbau sind im Haushalt 2022 einzuplanen.

An der Aussprache beteiligen sich die Mitglieder Fenske, Güssgen-Ackva, Erste Stadträtin Frau Götz, Mitglied Bansemer und Vorsitzender Stiller.

Bürgermeister Antkowiak erläutert, dass die Wegbreite an der schmalsten Stelle 2,50 Meter beträgt. Sollte der vorhandene Radweg verbreitert werden, müssten mit über 60 Grundstückseigentümern über einen Landerwerb verhandelt werden. Die südliche Seite ist als Ausgleichsfläche geschützt. Hinweise auf vorhandene Schäden auf dem Appelwoiweg werden und wurden auch bereits zeitnah behoben und der Antrag ist somit nicht erforderlich.

Nach eingehender Aussprache zieht Mitglied Baier den Antrag zurück.

zurückgezogen

7.	Verschiedenes
-----------	----------------------

Zum Punkt Verschiedenes liegen keine Wortmeldungen vor.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr folgen, schließt Vorsitzender Stiller die Sitzung und dankt den Anwesenden.

gez.: Stiller
(Vorsitzender)

gez.: Reiser
(Schriftführerin)